

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales
am 04. Oktober 2023

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Fath-Halbig
Stadträtin Kaufer
Stadträtin Straub
Stadtrat Denk
Stadtrat Fried
Stadtrat Laumeister (für Stadträtin Şirin)
Stadtrat Lehmail
VR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefasst.

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales vom 10.07.2023**

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales beschloß, die Niederschrift über die Ausschußsitzung am 10.07.2023 zu genehmigen.

2. **„Projekt Zukunft“ – Sachstandsbericht und Einrichtung eines Partyraums**

Bürgermeister Fath-Halbig gab bekannt, daß ein nächstes Evaluationstreffen für den 18.11. vorgesehen ist. Vorgesehen ist, den Prozeß zu verstetigen, um auch den nachwachsenden Jahrgängen die Möglichkeit einer Partizipation zu eröffnen.

Im Rahmen des Projekts war unter anderem der Wunsch nach einem „Partyraum“ geäußert worden. Dabei haben die Jugendlichen ab etwa 16 Jahren aufsichtsfreie Geburtstagsfeiern etc., die Jüngeren ab etwa 12 Jahren die Möglichkeit beaufsichtigter privater Veranstaltungen im Blick gehabt. Zudem war auch die Einrichtung eines wettergeschützten und allgemein zugänglichen Treffpunkts gewünscht.

Aus Sicht der Verwaltung könnte ein solcher Partyraum am ehesten im Jugendtreff angeboten werden. Die Leitung der Einrichtung steht dem nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, hat aber (auch angesichts der Erfahrungen mit Vereinsgruppen in der Vergangenheit) deutliche Anforderungen an die praktische Handhabung formuliert. Diese haben ein nahezu vollständiges Ausräumen vor und ein Wiedereinräumen nach der jeweiligen Veranstaltung zu Folge, was nur durch zusätzlichen Personalaufwand möglich wäre.

Hinzu kommt, daß ein unbeaufsichtigter Betrieb zu Konflikten mit der Nachbarschaft führen könnte, andererseits aber noch andere Anbieter für Räumlichkeiten vorhanden sind.

Hiervon losgelöst ist noch die Frage zu betrachten, ob beaufsichtigte Jugendgruppen der örtlichen Vereine die Räume des Jugendtreffs außerhalb der Öffnungszeiten für besondere Veranstaltungen nutzen können.

Stadtrat Denk sprach sich dafür aus, den Vereinen diese Möglichkeit zu ermöglichen, um den Jugendlichen für besondere Aktivitäten eine eigene Kulisse außerhalb der Vereinsanlagen zu eröffnen. Da die Gruppen jeweils von Betreuern begleitet würden, seien keine weitergehenden Maßnahmen erforderlich. Zudem könnten die Jugendlichen damit enger an den Verein gebunden und zur Übernahme von Verantwortung vorbereitet werden. Eine Vermietung des Jugendtreffs für unbeaufsichtigte Veranstaltung lehnte er ab.

Bgm. Fath-Halbig wies darauf hin, daß für die Jugendarbeit der Vereine auch das Vereinshaus vorrangig zur Verfügung steht.

Stadträtin Straub gab bekannt, daß eine Gruppe des Turnvereins den Jugendtreff bewußt zu dessen Öffnungszeiten aufsuchen wollte, um die Jugendlichen an die Einrichtung heranzuführen

und eine Kooperation zwischen der offenen und der vereinsgebundenen Jugendarbeit zu verbessern. Auch sie wandte sich gegen eine Vermietung an private Dritte.

Stadtrat Lehmail sprach sich für eine flexible Handhabung der Nutzung für Vereinsgruppen mit Entscheidungsbefugnis der Jugendtreffleitung aus. Dem hielt Stadtrat Laumeister entgegen, daß dann in Hinblick auf mögliche Schäden oder Beeinträchtigungen der Einrichtung eine äußerst zurückhaltende Einstellung zu erwarten sei. Der von den Jugendlichen angestrebte Freiraum für unbegleitete Feiern sei im Vereinshaus nicht zu verwirklichen.

Auf Anfrage von Stadtrat Denk teilte Bgm. Fath-Halbig mit, daß eine Nutzung des Gewölbekellers im Vereinshaus wegen der Lage der Toiletten im Erdgeschoß, des fehlenden zweiten Rettungsweges und der inneren Offenheit des Gebäudes nicht sinnvoll ist.

Stadtrat Denk stellte fest, daß der Jugendtreff zwar überörtlich bekannt ist und auch rege besucht wird, der Anteil der Wörther Jugendlichen ohne Migrationshintergrund aber relativ gering ist. Er wünschte sich eine breitere und diversere Nutzung. Bgm. Fath-Halbig verwies auf durchgeführte Aktionstage, die leider nur wenig Resonanz erfahren haben. Insgesamt sei es schwierig, Jugendliche anzusprechen, zumal aufgrund der geringen Ressourcen eine aufsuchende Jugendarbeit nicht möglich ist.

Stadtrat Laumeister hielt eine gegenseitige örtliche Fluktuation für üblich und hielt den Zuspruch der Einrichtung insgesamt für maßgeblich.

Stadtrat Lehmail hielt die Nutzung des Vereinshauses für kleinere private Veranstaltungen für denkbar; die Verwaltung solle die Befugnis für Einzelfallentscheidungen erhalten. Stadtrat Laumeister verwies darauf, daß dies in der Vergangenheit regelmäßig wegen des Aufwands für die Stadt abgelehnt wurde. Zudem sei das Vereinshaus wegen fehlender Ausstattung und fehlendem Außengelände nicht sehr ansprechend. Die Stadt sollte keine Konkurrenz für private Anbieter eröffnen.

Dem hielt Stadtrat Fried entgegen, daß in der Stadt kaum geeignete Räume zur Verfügung stehen und die Preisgestaltung im Pfarrzentrum für Familien nicht attraktiv sei.

Stadtrat Denk vermutete, daß im Falle einer Freigabe des Vereinshauses eine große Nachfrage entstehen könnte, was einen strengen Regelkatalog erfordern würde. Bgm. Fath-Halbig wies darauf hin, daß im Vereinshaus nur wenige freie Termine für Kindergeburtstage etc. angeboten werden können. Dafür benötigt die Verwaltung nachvollziehbare und diskriminierungsfreie Regelungen zu Vergabe und Abwicklung.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales faßte nach intensiver Beratung folgende Beschlüsse:

- Die Einrichtung des gewünschten Partyraums ist derzeit nicht möglich (Abstimmungsergebnis 7:0).
- Das Vereinshaus soll nicht für private Feiern und Veranstaltungen zur Verfügung stehen (Abstimmungsergebnis 6:1).
- Die Nutzung des Jugendtreffs für Vereinsjugendarbeit kann in Absprache mit der Leitung der Einrichtung erfolgen (Abstimmungsergebnis 5:2).

3. Sachstand OGTS

Die Stadt betreibt ihre Offene Ganztagschule seit einigen Jahren im sogenannten „OGTS-Kombimodell, das eine Betreuung bis 18.00 Uhr an den Montagen bis Donnerstagen sicherstellt. Dieses war als Pilotprojekt eingeführt worden, an dem sich zunächst sieben, zuletzt nur noch vier Schulen in Unterfranken beteiligt haben.

Trotz einiger Vorzüge leidet die Akzeptanz des Modells daran, daß statt ursprünglich zwei nunmehr vier Nachmittage verbindlich gebucht werden müssen. Fehlzeiten für familiäre Ereignisse, Vereinssport u.ä. dürfen seitens der Schulleitung nicht toleriert werden. Damit geht die für viele Familien ausschlaggebende Flexibilität verloren. Das Kombi-Modell wird deshalb nur noch abgewickelt und nicht mehr für andere Schulen neu angeboten.

Derzeit untersuchen die Regierung von Unterfranken und der Verein EAL, ob eine Rückkehr zur vormaligen Handhabung mit einer Betreuung bis 16.00 Uhr (auch am Freitag) finanziell leistbar ist. Da diese Frage auch unter Einbeziehung der Eltern bis zum Termin für den nächsten Zuwendungsantrag im Mai 2024 geklärt sein muß, ergibt sich ein gewisser Zeitdruck, zumal eine Koordination zwischen den beiden zuständigen Staatsministerien herbeigeführt werden muß.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales nahm dies zur Kenntnis. Eine neuerliche Beratung soll stattfinden, sobald belastbare Zahlen vorliegen.

4. Sachstand Stadtbibliothek

In der Nacht vom 16. auf den 17. August ist es durch Starkregen zu einem Wasserschaden in der Bibliothek gekommen. Die Buchbestände und wesentliche Teile der Ausstattung wurden aus dem Pfarrzentrum geräumt und zunächst im Bauhof zwischengelagert. Das Büro der Bibliotheksleitung wurde vorübergehend im Vereinshaus untergebracht.

Während die Verwaltung ursprünglich von einer mehrmonatigen Sanierung ausging, hat die Pfarrgemeinde nunmehr mitgeteilt, daß nach dem Ergebnis eines entsprechenden Gutachtens die Räume voraussichtlich schon ab dem 1. November wieder genutzt werden können. Durch bauliche Maßnahmen im Eingangsbereich sollen künftige Schadensereignisse vermieden werden.

Die Verwaltung beabsichtigt, zunächst das angesprochene Gutachten einzusehen und eigene Raumluftmessungen im November 2023 sowie im Januar/Februar 2024 durchführen zu lassen, um eine gesundheitliche Gefährdung des ehrenamtlichen Personals wie auch der Besucherinnen und Besucher auszuschließen.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales nahm dies zur Kenntnis.

5. Neuaufgabe Kinderstadtplan

Der Bestand des im Jahr 2011 aufgelegten Kinderstadtplans ist annähernd aufgebraucht. Die Verwaltung empfiehlt eine Überarbeitung und den Nachdruck. Die Kosten werden auf etwa 3.000 € veranschlagt. In Hinblick auf die Zielgruppe des Plans sollte nach Auffassung der Verwaltung auch künftig auf eine Finanzierung über Werbeanzeigen verzichtet werden.

Stadtrat Lehmayr sprach sich grundsätzlich für die Neuaufgabe aus und schlug vor, angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt den EZV, die örtlichen Banken und ggf. weitere geeignete Unternehmen um eine finanzielle Unterstützung zu bitten. Zusätzlich sollte eine Übernahme auf die städtische Homepage erfolgen. Dort sollten auch interaktive Elemente angeboten werden.

Bgm. Fath-Halbig hielt dem entgegen, daß damit voraussichtlich ein vollständig neues Layout und mit Sicherheit ein hoher finanzieller Aufwand verbunden wären.

Stadtrat Laumeister regte an, für eine digitale Fassung des allgemeinen Stadtplans Standardanwendungen (z.B. Google Maps) zu nutzen. Ein spezieller Kinderstadtplan reiche in gedruckter Form. Stadtrat Lehmayr wies auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen hin, denen die angesprochenen Standardanwendungen möglicherweise nicht gerecht würden.

Stadträtin Straub schlug vor, das Thema eines digitalen (Kinder-)Stadtplans in Zusammenhang mit der allgemeinen Internetpräsenz der Stadt im Arbeitskreis Zukunft zu beraten. Derzeit lade diese nicht zu einem Besuch der Stadt ein.

Stadtrat Denk lobte die Qualität des Kinderstadtplans und sprach sich für eine auch werbefinanzierte Aktualisierung aus.

Stadtrat Laumeister sprach an, daß für eine interaktive Präsenz entsprechender Content erstellt werden müßte. Dazu müßten im Vorfeld Erwartungen, Standards und ein finanzieller Rahmen definiert werden. Stadtrat Lehmayr wies darauf hin, daß dieser Content ggf. auch von den Vereinen, dem Jugendtreff und weiteren Gruppen selbst erstellt werden könnte.

Bgm. Fath-Halbig hielt es für schwierig, wesentliche interaktive Elemente auf der Ebene eines Stadtplanes abzubilden. Eine interaktive Karte werde sich von einem gedruckten Stadtplan deutlich unterscheiden.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales faßte folgende Beschlüsse:

- Der Kinderstadtplan soll überarbeitet und neu aufgelegt werden (7:0).
- Die örtlichen Banken und der EZV sollen als mögliche Sponsoren angesprochen werden (6:1).
- Eine Digitalisierung des Kinderstadtplanes und des allgemeinen Stadtplanes soll vorbereitet werden; dabei sind Möglichkeiten zu untersuchen, wie und mit welchem Aufwand interaktive Elemente implementiert werden können (5:2).

6. **Bekanntgaben**

Bgm. Fath-Halbig gab folgendes bekannt:

- Ein umfangreicher Zuschußantrag des Turnvereins wird derzeit in der Verwaltung bearbeitet und in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Beratung gestellt.
- Für die Kirchweih ist eine Überarbeitung der Konzeption erforderlich, nachdem in diesem Jahr nicht alle Vorstellungen verwirklicht werden konnten. Mit verschiedenen Schaustellern wurde für das Jahr 2024 schon Kontakt aufgenommen. Stadtrat Lehmayr appellierte an Ausschuß und Stadtrat, eigene Ideen einzubringen. Stadträtin Straub forderte mehr Engagement seitens der örtlichen Vereine und Gruppierungen und schlug vor, mit allen Interessierten (also auch Privatpersonen) ein gemeinsames Abstimmungsgespräch durchzuführen. Bgm. Fath-Halbig bestätigte, daß dies bereits beabsichtigt ist. w

7. **Anfragen**

- Stadträtin Straub fragte nach den weiteren Arbeitsschritten des Arbeitskreises Zukunft und erinnerte an ein ausstehendes Protokoll. Bgm. Fath-Halbig gab bekannt, daß die Angebotseinholung für Broschüren vorbereitet wird. Die Optimierung der Homepage und deren angestrebte Barrierefreiheit gestaltet sich wegen notwendiger Absprachen mit dem LRA schwierig. Die Digitalisierung verschiedener Formulare (z.B. Wasserstandsmeldung, Wahlscheinantrag) wurde abgeschlossen und wird für weitere kontinuierlich fortgeführt.
- Auf Nachfrage von Stadträtin Straub teilte Bgm. Fath-Halbig mit, daß das Thema „Fairtrade-Town“ derzeit verwaltungsintern abgestimmt wird.
- Auf Nachfrage von Stadträtin Straub teilte Bgm. Fath-Halbig mit, daß der Betrieb der Außengastronomie am Tannenturm im Jahr 2024 neu organisiert werden muß (weitere Interessenten, Standkosten/Miete etc.). Den derzeitigen Betreibern ist dies auch bekannt.
- Stadtrat Fried fragte an, ob eine Rücknahme nicht verbrauchter Eintrittsmarken für das Hallenbad möglich ist. Bgm. Fath-Halbig verneinte dies unter Hinweis auf den Buchungs- und Verwaltungsaufwand. Er regte an, die Marken privat weiterzugeben.
- Stadtrat Denk regte an, für das nächste Treffen des Projekts Zukunft eine Übersicht über realisierte und realisierbare Ideen zu erstellen. Bgm. Fath-Halbig sagte dies zu. Das Treffen soll auch für Stadtratsmitglieder offen sein. Ob Helmut Platz teilnehmen wird, steht noch nicht fest.
- Stadtrat Denk regte an, das Stadtlogo an der Rathaustür zu präsentieren. Bgm. Fath-Halbig verwies insofern auf das demnächst in Betrieb gehende Infodisplay.
- Stadträtin Käufer bat darum, zeitnah die Laubsammelbehälter am Ende der Bayernstraße aufzustellen. Bgm. Fath-Halbig sagte dies zu.

Wörth a. Main, den 11.10. 2023

A. Fath-Halbig
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer